

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post 1.20 Mk. Vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pfg. für die einseitige Zeile und deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 35.

Sonnabend, den 30. August 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Über den Abschluß einer Lohnbewegung ist sofort zu berichten. Die Mitteilungen müssen kurz und klar formuliert sein. Dauerstreiken werden nicht veröffentlicht. Wird die Aufrechterhaltung einer Sperre verlangt, so muß allwöchentlich darüber berichtet werden.

Gesperret sind die Betriebe: Firma Braun & Co. in Zibbenbüren; Gust. Börsch & Söhne in Stettin; Dulsch, Bengler, Fiedlers Nachf. in Grünberg (Schles.); Born in Liegnitz; sämtliche Betriebe in Oberbach (Baden), die Werkplätze Melcher und Sträß in Dessau. Firma Schwarz in Kolshausen b. Königsberg (Ostpr.); die Sandsteinbetriebe in Kupferdreh.

Haberborn. Sämtliche Steinmetzbetriebe am Ort sind wegen Lohnunterschieden gesperrt, gefordert sind 2.50 M. Stundenlohn und 50 Proz. Zuschlag für Überstunden. Die Firmen Wächter und Schulz haben die Forderungen bewilligt.

Maintal. In Faulbach und Rauenberg hat die Firma Arnold die neue Vereinbarung für das Maintal nicht anerkannt. Der Streik dauert in diesen Betrieben fort.

Leipzig. Die Verhandlungen über erneute Teuerungszulagen zum sächsischen Normaltarif haben bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt, deshalb wurde von den Steinmetzen der Streik ab 21. August beschlossen.

Kuhmannsfelden. Der Betriebsleiter Gahfurther bei der Firma Gaher & Co. in Uerbach, macht bei der Entlohnung allerhand Ausflüchte und hat dann immer vergessen, was er vorher den Kollegen versprochen. Wir ersuchen deshalb von eventuellen Arbeitsangeboten absehen zu wollen.

Brandenburg. Der Streik bei der Firma B. Kabitzsch und Ed. Bogel wurde nach wenigen Tagen mit vollem Erfolg beendet. Die Bezahlung der Ferienlöhne ist demnach im Arbeiterinteresse geregelt.

Waldburg (Schles.). Die Differenzen mit der Firma R. Weirer u. Sohn in Oberwaldburg sind durch Anerkennung der Forderungen beigelegt. Es wird jedoch dringend ersucht, von Arbeitsangeboten nach hier abzusehen, da die Regelung in anderen Geschäften noch aussteht.

Steinach-Saenthal (S.-M.), Griffebetriebe. Durch Verhandlung mit den Staatsbetrieben kam erstmalig ein Tarifvertrag zustande. Die Akkordlöhne wurden um 40 Prozent erhöht. Der Stundenlohn wird im Akkord garantiert. Die Lohnsätze wurden im allgemeinen erhöht. Für die Voll- und Facharbeiter beträgt der Stundenlohn 1.60 Mark und 1.70 M. Für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Lehrlinge usw., erhöhen sich die Stundenlohnsätze um 33 1/2 Prozent. Die Kriegsbeihilfen für Familien bis zu zwei Kinder kommen in Wegfall. Für das dritte Kind usw. werden die Kinderbeihilfen weiter gewährt. Die Arbeitswoche beträgt 47 Stunden, bezahlt werden 48 Stunden. Arbeitsverhältnis bei Betriebsstörungen bis zu einer bestimmten Zeitdauer wird gezahlt. Urlaub wird nach einjähriger Beschäftigungsdauer von zwei Tagen pro Jahr gewährt. Bis 5 Jahre und darüber 6 Tage, unter Fortbezahlung des Lohnes. Eine Anzahl weiterer Vergünstigungen materieller und ideeller Art wurden erreicht.

Lahr (Baden). Nach wochenlangen Verhandlungen kamen folgende Löhne zur Anerkennung: in Lahrer Sandstein 2.50 M., in allen übrigen Steinorten einschließlich Kunststein 2.20 M. pro Stunde; Steinbrecher 2 Mark und Hilfsarbeiter 1.85 M. Zuschlag für Überstunden und Sonntagsgarbei 25 bzw. 50 Prozent. Die Löhne sind rückwirkend vom 1. Juni.

Schwäbisch-Hall und Umgegend. Der Streik bei der Firma G. B. W. ist beendet. Es gelten die unterfränkischen Vereinbarungen mit dem Unterschied, daß der Höchstlohn für Steinmetzen 2 M. pro Stunde beträgt. Die Brecher- und Hilfsarbeiterlöhne sind gleichfalls geregelt. Jahrgeld zur Arbeitsstelle wird vom Unternehmer zurückvergütet.

Bayerischer Wald. Der Verband der Bayerischen Steinindustriellen scheint wirklich auf beraten zu werden, denn er hat den Schiedsgericht in Passau vom 28. Juli abgelehnt. Unter der Vorführung, daß seinen Mitgliedern die Berechnungsart, die der Schiedsgericht vorsteht — zuviel Arbeit mache, wünschte er von unserem Verbandsvorstande eine Aenderung der Berechnungsart, die nach seiner Meinung fast genau dasselbe ergibt wie der Schiedsgericht. Damit war grundsätzlich die Notwendigkeit der Erhöhung der Teuerungszulage für unsere Kollegen anerkannt. Der Verbandsvorstand lehnte aber die verlangte Aenderung ab, weil die Gründe nicht stichhaltig waren. Nunmehr zieht der Unternehmerverband seine Zusage ganz zurück und pocht wie Schindl auf seinen Schein, auf die früheren 180 Prozent, die vom Schiedsgericht als ungenügend erkannt worden sind. Wir bezeichnen diese Haltung als eine unbegriffliche Eigenfremdsinnigkeit. Raten unseren Kollegen, dabei nicht die Gebulz zu verlieren, sondern die jetzt eingeleiteten Schritte abzuwarten, die ihnen auf alle Fälle auch die Nachzahlung nach dem Passauer Schiedsgericht ab 7. August bringen.

Dornap. Im hiesigen Kalksteingebiet ist, nach Verlangen des Schlichtungsausschusses zu Elberfeld, der Streik zur Tatsache geworden. Es kommen ca. 1200 Kalksteinarbeiter in Frage. Unsere Organisation ist mit etwa 900 Mitgliedern beteiligt.

Teuerungszulage — Granit- schleifereien.

Ende des verfloffenen Monats hat unsere Verbandsleitung für die Kollegen in den Granitschleifereien eine generell: Erhöhung der bisherigen Teuerungszulage von 30 Prozent bei dem Verband Deutscher Granitwerke beantragt, und zwar sollten ab 15. Juli 20 Proz., ab 15. August abermals 10 Prozent gegeben werden. Die Erledigung der Angelegenheit hat sich verzögert, weil die Arbeitgeber für Mitte August eine Mitgliederversammlung nach Würzburg einberufen hatten und dort unter anderem auch hierüber entscheiden wollten. Diese Entscheidung ist unserem Verbandsvorstand in folgendem Brief zugestellt:

„Auf Ihre Zuschrift vom 24. v. M. teilen wir Ihnen mit, daß sich unser Verband in seiner Mitgliederversammlung am 11. und 12. d. M. mit Ihren Forderungen befaßt hat und zu folgendem Ergebnis gelangte:

Der B. D. G. ist bereit, Ihren Wünschen wiederum entgegenzukommen, wenn nachstehende Leitsätze für alle Lohn- und Tarifverhandlungen zukünftig beiderseits als Grundlage dienen.

1. Als 8. August wird für alle Granitschleifereien Deutschlands die Teuerungszulage auf die Friedensakkordlöhne (einschließlich Lohnausgleich wegen der 8-Stunden-Arbeitszeit) auf 120 Proz. (m. B. Ein- und hundertzwanzig Prozent) festgesetzt; dabei sind alle bisher gemachten Zuerkennungen, gleichviel ob sie Wohnzulagen, Extrazulagen, Erhöhungen einzelner Akkordlöhne und dergl. darstellen, aufzurechnen.

2. Diese 120 Proz. Zuschlag gelten auch bis auf weiteres für den am 1. Oktober in Kraft tretenden R. L. T. und sollten automatisch alle andern Abmachungen aus.

3. Zum Ausgleich der Verschiedenheit der Existenzbedingungen in den einzelnen, der im R. L. T. nicht als der Ortsklasse I zugehörig anerkannten Orten werden, soweit nicht bereits schon inzwischen Vereinbarungen getroffen sind, Ortszuschläge in Prozenten festgesetzt, um welche sich der Teuerungszulagenhöchstbetrag erhöht.

4. Wo die ab 1. gemachten Zuerkennungen bzw. der gegenwärtig an einzelnen Orten bezahlte Gesamtlohn rechnungsmäßig über R. L. T. + 120 Proz. hinausgehen, sind dieselben in den Ortszuschlägen aufzurechnen. Wo auch die Ortszuschläge nicht ausreichen, können die durch den R. L. T. gebrauchten Vorteile mit aufgerechnet werden.

Es soll auf diese Weise erreicht werden, daß die Steinmetzen und Schleifer der Verbandsbetriebe auch bei unterschiedlichen Verhältnissen auf gleichartige Existenzbedingungen gestellt werden.

5. Die Stundenlöhne der Steinmetzen, Hand- und Maschinen-schleifer werden im gleichen Verhältnis ab 8. August 1919 aufgebessert.

6. Die Löhne der Hilfsarbeiter sind, soweit keine vertragliche Regelung bereits besteht, gemäß den Leipziger Abmachungen bezirksweise bzw. örtlich zu regeln.

7. Eine Gleichstellung unserer Arbeiter mit Saisonarbeitern (Bauarbeitern u. a.) kommt nicht in Frage, weil unsere Arbeiter ständige Beschäftigung haben.

Wir erwarten Ihre geistige Rückäußerung und zeichnen
(Unterschrift)“

Der Verbandsvorstand hat daraufhin folgende Antwort gegeben:
„Wegen Ihres Angebotes von 120 Proz. haben wir uns mit den Kollegen schriftlich unterhalten und die Verbandsleitung ist beauftragt, folgendes mitzuteilen:

Zu 1.: Die Arbeiter halten daran fest, daß die Zulage 130 Proz. betragen muß. Zur Begründung sei angeführt, daß in den Granitschleifereien die niedrigsten Zulagen bezahlt werden. Wir ersuchen Sie dringend, auf 130 Prozent zu gehen, auf alle Fälle müssen aber ab 15. Juli die 120 Proz. bezahlt werden, denn sonst wird die Beunruhigung unter den Kollegen noch größer. Wenn die Herren Unternehmer nicht auf 130 Proz. gehen wollen, dann werden unsere Kollegen im ganzen Reich unverzüglich die Schlichtungsausschüsse anrufen, wir können uns nicht mit 120 Proz. zufrieden geben, die Arbeiter in den Schleifereien haben einen viel zu geringen Verdienst.

Zu 2.: Wir sind damit einverstanden, daß ab 1. Oktober die Zulagen automatisch auf den Reichsakkordtarif übergehen und daß damit die andern Abmachungen, die evtl. bestehen, in Wegfall kommen. Diese Zustimmung gilt aber nur für die Zahlstellen, in denen im Akkord gearbeitet wird. Die Städte wie Frankfurt a. M., Karlsruhe, Einbeck, Kiel usw. behalten das Zeilohnsystem bei.

Zu 3.: Mit Ihrem Vorschlag sind wir einverstanden, nur sei bemerkt, daß über die Orte, über die wegen der besonderen Zuschläge eine Einigung nicht erzielt wird, das Schiedsgericht, gebildet vom Reichsarbeitsministerium, zu entscheiden hat.

Zu 4.: Ihre Formulierung ist noch nicht ganz klar. Dieser Punkt kann bei einer Fällung des Schiedsgerichtes in Berlin seine Erledigung finden.

Zu 5.: Die Stundenlöhne der Steinmetzen, Hand- und Maschinen-schleifer sind generell festzusetzen, wir können uns damit nicht einverstanden erklären, daß einfach die Grundlöhne um 20 Proz. beziehungsweise 30 Proz. erhöht werden. Die Stundenlöhne der genannten Kategorien sind mindestens den Löhnen der Bauarbeiter gleichzustellen. Hier müssen sich die Bezirke sofort verständigen. In Wobau wurde das Angebot gemacht, den Stundenlohn der Steinmetzen und Schleifer auf 75 Pf. festzusetzen. Dazu die Zuschläge von 120 Proz. zu berechnen. Damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Für die Kollegen müssen die Stundenlöhne in der wirklichen Höhe festgesetzt werden, die Prozent-zuschlagsberechnung lehnen wir ab. Erst später abermals eine Steigerung der Löhne ein, oder aber es soll ein Abbau erfolgen, letzter kommt für uns in gar nicht in Frage, weil die Löhne der Steinarbeiter zu gering sind, dann kann diese Differenzierung in Prozenten ausgedrückt werden. Aber jetzt müssen wir daran festhalten, daß die neuen Grundlöhne eingeführt werden.

Zu 6.: Wir haben hier keine Einwendungen, am besten ist, unsere Kollegen verlangen auch darüber die Abgabe eines Schiedsgerichtes der Schlichtungsausschüsse. Aber auf alle Fälle barren die Hilfsarbeiter darauf, daß die Stundenlöhne zeitgemäß aufgebessert werden.

Zu 7.: Wir sind der Meinung, daß unsere Kollegen, soweit die Lohnhöhe in Frage kommt, den Saisonarbeitern gleichgestellt werden müs-

sen. Ihre Anschauung, unsere Kollegen hätten ständige Beschäftigung und somit könnte der Lohn geringer sein, ist irrtümlich. Unsere Kollegen haben eine sehr große Verantwortung beim Arbeitsprozeß, das allein bedingt schon die Bezahlung höherer Löhne. Wenn aber infolge schlechter Konjunktur Steinmetzen und Schleifer entlassen werden müssen, dann gibt ihnen kein Unternehmer eine Entschädigung, etwas mit dem Hinweis, sie hätten bisher zu wenig verdient.

Wir ersuchen um Telegrammnachricht, ob Ihr Verband die Zulage auf 130 Proz. erhöhen will, sonst müssen die Schlichtungsausschüsse eingeschaltet werden
(Unterschrift)“

Soweit der Briefwechsel, der die daran interessierten Verbandsmitglieder über den Stand der verlangten Zulage genügend informiert. Die gewünschte Telegrammnachricht lag 8. zum Redaktionsschluss noch nicht vor; hoffentlich kann in der nächsten Nummer die endgültige Regelung in unserem Sinne gemeldet werden.

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn.

Mit ein paar Worten möchte ich einen großen Fehler kritisieren, der nach meiner Auffassung auf dem Lohngebiet, jetzt von einer Zahlstelle begangen wurde, von der man mehr erwarten könnte. Es handelt sich um den Unterschied der bei Tarifvereinbarungen zwischen Verheirateten und Ledigen gemacht wird. Bietet man den Bericht von der Zahlstelle Erfurt in Nr. 33 des „Steinarbeiter“, dann muß doch unwillkürlich gefragt werden: Wie ist das möglich, daß eine so alte Zahlstelle solche Vereinbarungen treffen kann? Ich nenne es direkt unkollegialisch. Komme man mir nicht mit der Antwort: „Wir konnten nicht anders“. Man kann wohl anders, wenn der Wille vorhanden ist. Natürlich darf bei Lohnvereinbarungen keine Interessenpolitik getrieben werden, das nehme ich von den Erfurter Kollegen auch nicht an, aber um sich eine Blamage vor der Öffentlichkeit zu sparen, müssen solche Fragen vorher richtig überlegt werden. Ich gestalte mir dazu einige Fragen aufzuwerfen:

1. Soll denn ein Kollege, der in seinem Fach Tüchtiges leistet, aus lauter Idealismus, oder weil er das Recht hat, noch ledig zu sein, billiger arbeiten als ein verheirateter Kollege?

2. Ist es nicht geradezu eine Aufforderung an die ledigen Kollegen, das Stundenlohn-System beiseite zu schieben und zu versuchen, das „verschärfte“ Akkord-System wieder zur Einführung zu bringen?

3. Könnte durch solche unverständliche Abmachungen die Zugehörigkeit zu unserem Verbands, dem ledigen Kollegen nicht verleidet werden?

4. Unser Beruf läßt sich in dieser Lohnfrage nicht so ohne weiteres mit anderen Berufen vergleichen!

Ich rufe deshalb allen Zahlstellen, die vor Tarifabschlüssen stehen, zu: Begehrt nicht diesen Fehler wie die Zahlstelle Erfurt, denn für unser Verbandsleben sind solche unverständliche Abmachungen gewiß nicht zum Vorteil!

Ed. Siebenmann-Halle.

Die Redaktion begrüßt es immer, wenn solche Erörterungen wie hier auf dem Gebiet der Entlohnung, aus dem Mitgliederkreis eine Besprechung erfahren; sie fördert zweifellos eine Klärung der verschiedenen Ansichten. Aber nicht nur Erfurt hat solche Vereinbarungen wie die kritisierte getroffen, sondern auch in einigen andern Orten unseres Verbandsgebietes wurde in der Zuteilung der Teuerungszulagen ein Unterschied zwischen „ledig“ und „verheiratet“ gemacht. Die Namen dieser Orte tun ja zur Sache nichts, sondern die Vereinbarung an sich ist es, die Kollege Siebenmann berurteilt. So recht nun leuchtet in mancher Beziehung das, so muß aber doch die Beurteilung dieser gewiß wichtigen Angelegenheit, von einem anderen Gesichtspunkte aus gewertet werden. Man kann deshalb nicht gut von „Interessenpolitik“ der betreffenden Zahlstellen reden. Interessenpolitik soll wohl in diesem Fall soviel heißen wie Ausschaltung lediger, oder bei Lohnforderungen nur Verständnis für die Bedürfnisse verheirateter Kollegen bekunden? Beides trifft nicht zu! wäre auch unverständlich, und sicher Selbstmord für eine Zahlstelle. Wäre unkollegialisch, direkt arbeitereindlich und damit verbandsschädigend. Die betreffenden Zahlstellen werden sich wohl ganz energisch dagegen verhalten, wenn solche Forderungen gegen sie erhoben würden. Doch wie liegt die Angelegenheit wirklich?

Wichtig ist, daß die Ledigen dieselben Beiträge zahlen wie die Verheirateten, ferner, daß sie im Vergleich zu diesen nicht unrentablen im Beruf sind und die Tüchtigkeit im Fach nicht erst mit der Verheiratung einsetzt. Es wäre deshalb durchaus falsch, bei Lohnvereinbarungen in Bezug auf verheiratet und ledig allgemein einen Unterschied zu machen, etwa in der Form wie es bisher mit den sogenannten Junggeheilen bei Steinmetzen noch hier und dort geschieht. — Ob dieses in der Zukunft noch ausreicht erhalten werden darf, ist sehr zu bezweifeln, denn diese jungen Kollegen haben 3—4 Jahre für wenig Geld arbeiten müssen und nach dem sehnlichst erwarteten Ablauf der Lehrzeit bekommen sie dann zeitweise bei demselben Arbeitgeber noch nicht den Tariflohn. Die Arbeitgeber sind es in allen Fällen, die solche Bestimmungen durchsetzen, leider! Wenn da nicht andere Gründe die Triebfeder sind, geben sie damit indirekt zu, daß sie nicht in der Lage waren, in 3 bis 4 Jahren tüchtige Nachwuchs heranzubilden. — Doch um wieder auf der Kern der Frage zurückzukommen, muß anerkannt werden, daß die beruflichen Verhältnisse dieselben sind zwischen dem, der, wie Kollege Siebenmann ja schon sagt, das „Recht“ hat, noch ledig zu sein und dem, der, so sagen wir, das „größere Recht“ hat, verheiratet zu sein. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht die gleichen und es läßt sich deshalb wohl vertreten, wenn in der Bemessung der Teuerungszulage — wir sagen ausdrücklich Teuerungszulage — auf den Grundlohn für beide ein Unterschied gemacht wird. So war es auch in Erfurt! Nur muß hier eine Unterscheidung gemacht werden zwischen den Verheirateten kollektiv. Ein Verheirateter o. h. u. e. Kinder wäre gewiß den Ledigen gleichzustellen. Insbesondere die jetzige Zeit ist für den letzteren keine ruhige, wenn er aus Restaurants oder Kneipen angeworben ist, und dann noch in einem Logis wohnt, wo für jede Sandreicherung die offene Hand geboten wird. Mancher sehnt sich deshalb nach eigenem Haushalt und bemüht sich, das zu erreichen. Mancher hat ein Verheirateter mit Kindern ohne Zweifel ein größerer wirtschaftliche Zeit, denn mehr Mäuler — erhöhte Ausgaben! Eine erhöhte Teuerungszulage läßt also als Anerkennung in Betracht. Soweit haben wir über die Zustimmung aller Mit-

legen; es in solchen Fällen unsere Aufgabe zu machen, in eine andere Form, die vorläufig ausreicht, kann. Man könnte nun einwenden, daß es lediglich ein Spiel mit Worten sei und im Endeffekt die Entlohnung zwischen Verarbeiteten und Bedienten doch unterschiedlich und deshalb mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit im Beruf, ungleich sei. Diesen Einwand erkennen wir jedoch nicht als berechtigt an. Es kommt lediglich auf den Wortlaut solcher Vereinbarungen an, heißt es in einer solchen, daß Verarbeitete sozial und ledig den Stundenlohn bekommen, dann ist eine solche Vereinbarung entschieden zu befehlen. Wird aber in der Vereinbarung festgelegt, daß die Stundenlöhne für alle gleich sind, meinst man auch: Stundenlöhne je nach der Leistungsfähigkeit, alle gemacht, dann aber progressiv freigebend je nach der Kinderzahl, so wird sich vom sozialen Standpunkt aus prinzipiell wohl nichts dagegen unternehmen lassen. Nach der Staat und die einzelnen Gemeinden, auch größere Privatbetriebe regeln auf diese Art die wirtschaftliche Not ihrer Arbeiter und Angestellten und man kann mit dem besten Willen nicht behaupten, daß diese Regelung unrichtig ist.

Es nun solche Regelung auf Betriebsbetriebe der einzelnen Betriebe ohne weiteres übertragen werden kann, ist kaum schwierig zu beantworten. Die Arbeiterbetriebe werden sich ernstlich sträuben, wenigstens solange die verantwortliche Produktion weitergeführt wird. Und dort, wo es durch „Druck“ einseitig werden kann, besteht dann die Gefahr, daß die mit großer Mühe erzielten „Ergänze“ Arbeiter nicht so leicht eingeeicht werden, oder auch die Bemessung der Zeugnisausgaben, auf denen der letzten Kollegen erfolgt.

Diese Bestimmung hat gewiß auch Mängel. Sieben man nun, daß es unrichtig ist, daß auch in einigen anderen Berufen diese Art Lohnregulierung zur Debatte steht, die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse werden sie geneigt. Wenn man auch nicht anzunehmen ist, daß die besonders Verachtliche der Verarbeiteten mit großer Mehrheit bei der Zeugnisausgabe in unserem Beruf Allgemein wird, so ist aber doch nicht von der Hand zu weisen, daß hier eine Regelung im allgemeinen Interesse erfolgen muß, und zwar durch den Staat. Dieser ist heute Landes verpflichtet, den verplanten Arbeitslosen mit anderen künftigen Mängeln unter die Arme zu greifen!

Die im Laufe der kommenden Jahre sich vollziehende Sozialisierung wird dies Problem zu lösen haben. In der Zwischenzeit müssen wir versuchen, in unserem Berufsleben damit fertig zu werden, nach den im vorstehenden angedeuteten Grundrissen, ohne daß die „Leistung“ durchs Leben wandeln davon Nachteile haben.

Zum außerordentlichen Verbandstag.

Die Ausführungen des Kollegen Deutler in Nr. 2 des „Stein-“ über die Verhältnisse der Gewerkschaften bezüglich eines außerordentlichen Verbandstages veranlassen mich, auch meine abweichende Meinung darüber zum Ausdruck zu bringen. Meinem Erdrachten konnte der Verbandstag im Oktober 1918 die Entwicklung unserer Wirtschaftslage nicht voraussehen. Wenn auch damals schon die nahe Revolution ihre Schatten vorauswarf und zum Teil die Arbeiter des Verbandstages beeinflusste, so hat doch wohl keiner der Teilnehmer von damals sich die Entwicklung der nächsten 10 Monate so gedacht, wie sie sich in der Wirklichkeit abspielte. Und so müssen wir uns auch heute die Frage verlegen und konsequenter Weise auch beantworten, ob es denn wirklich einen Sinn hat, einen zweiten Verbandstag in der Ungewißheit lagen und Verhältnisse lassen zu lassen, die eventuell der Entwicklung der nächsten 10 Monate ebenfalls nicht gerecht werden können. Wohl hat die neue Zeit neue Strömungen und neue Ideen gezeitigt, aber die Entwicklung all dieser Probleme ist noch nicht so weit gediehen, daß man mit klarem Blick das Zukunftsbild unseres Verbandes erfassen und in abschließende Formen bringen könnte. Und so wären von vornherein die Arbeiten eines Verbandstages auf das Gebiet des Ungeklärten, Unklaren geschoben und demzufolge zur Unfruchtbarkeit bestimmt. Ich habe alle die stattgefundenen Verbandstage anderer Gewerkschaften aufmerksam verfolgt und konnte nicht gerade behaupten, daß sie so ganz von den „neuen“ ideologischen Ideen „getragen“ waren. Soll ein Verbandstag wirklich über das Maß allgemeiner Neben hinaus zu positivem Schaffen gelangen können, so müssen doch die wirtschaftlichen und auch die politischen Stürme etwas abgeebbt sein und eine ruhige gerade Linie erkennen lassen. — Das alles in unserem Verband vertretungsbedürftig und entwicklungsfähig ist, wird wohl niemand ablehnen wollen. Aber die brennendste Frage, die dringend notwendige Organisierung aller in der Steinindustrie Beschäftigten, kann meiner Meinung nach auch im Rahmen unseres heutigen Status gelöst werden. Es muß hier gesagt werden, etwas klarer nicht bei uns; in der Steinindustrie werden zur Zeit nach meiner Schätzung über 100.000 Personen beschäftigt, stellen wir aber die Zahl der Organisierten daneben, so werden wir finden, daß hier unter Verband verfaßt hat. Unsere Gewerkschaft, die schon vor dem Krieg mehr Verwaltungs- als Agitationsbeamte waren, sind nicht

gegen die beschriebene Einfuhr die nötigen Schritte unternommen hat, ist selbstverständlich. Bedauerlich bleibt aber immer, daß deutsche Bauherren und Stadtverwaltungen nach unserer Auffassung so kurzschichtig handeln und so wenig Verständnis für die deutsche Steinindustrie besitzen.

Verbraucher! Aufgepaßt!

Wenn es jemals eine Zeit gab, die gebieterisch verlangte, alle Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens scharf zu beobachten, so ist es die gegenwärtige Zeit. Nichts ist falscher als der Glaube, unsere deutsche Volkswirtschaft sei, nachdem in letzter Zeit unsere Ernährungsverhältnisse etwas besser geworden sind, über den Berg, das Schlimmste sei abgewendet, von nun an könne es nur noch ein Aufwärts geben. Man hüte sich vor diesem Glauben, allzu leicht könnte eine Enttäuschung kommen, die schlimmer wäre als alle ausgefallene Not. Nun erst muß es heißen, alle wirtschaftlichen Möglichkeiten, über die der einzelne verfügt, voll auszunutzen, damit auch nicht ein Gramm verfügbarer Kraft verloren geht, deren vollständige Inanspruchnahme allein vielleicht noch vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt!

Die Verbraucher sollen sich endlich einmal darüber klar werden, daß die Quellen unserer Wirtschaftsnot nicht allein in der noch nachwirkenden Blockade unseres Landes, in den harten Bedingungen des Friedensvertrags, im Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln oder in der mangelnden Bereitwilligkeit zur Arbeit bei manchen Gliedern unserer Bevölkerung zu suchen sind. Nein, eine Quelle dieser Wirtschaftsnot ist auch in der noch durchaus unzureichenden Organisation der Wirtschaft, besonders der Verteilungsorganisation zu finden. Hier hat noch manches zu geschehen, damit der einzelne Verbraucher mit Befriedigung sagen kann: Ich tat alles, um mich, meine Angehörigen und auch die Gemeinschaft vor Schäden zu bewahren.

Die Ueberlegenheit unserer Konsumgenossenschaftlichen Organisationen über die hergebrachten Formen der Güterverteilung steht fest. Was aber nicht die Anerkennung dieser Ueberlegenheit, wenn sie praktisch nicht in dem Maße erprobt wird, wie die Möglichkeit sie bietet. Gewiß, unseren Konsumvereinen strömen Mitglieder zu: an manchen Orten sehen wir neue Konsumgenossenschaften entstehen. Aber noch weit mehr wäre zu leisten, man muß es nur wollen. Man hole sich Rat bei jenen Stellen, deren Aufgabe es ist, möglichst alle Verbraucher zusammenzufassen. Man gehe, ist man einmal zur Erkenntnis der Notwendigkeit des konsumgenossenschaftlichen Handelns gelangt, nicht planlos vor; man frage die Leute mit Erfahrung, was zu geschehen habe, um zum gesteckten Ziel zu gelangen. Vor allen Dingen aber handle man und sehe seine Wünsche und Hoffnungen in die lebenspendende Tat um. Mitglied eines Konsumvereins sein, heißt, wahrhaftig an der Überwindung der Not mitarbeiten.

Vom wahren Bedarf.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Mein Bedarf, dein Bedarf, unser Bedarf! Was ist wichtiger, meiner, deiner oder unserer? Was verbirgt sich unter dem Begriff des Bedarfs? Ist Bedarf etwas Bestimmtes, der Menge und der Beschaffenheit nach abgegrenztes? Ist Bedarf nur etwas, was den Verbraucher angeht, oder soll er nur Sache der Güterhersteller sein: der Unternehmer und der in diesem beschäftigten Angestellten und Arbeiter? Hat der Staat das Recht, einen gewissen Bedarf zu fördern oder einen anderen zu hindern? Das Fragefeld soll nicht fortgesetzt werden, wir können aber aus den obigen Fragen ersehen, daß der Bedarf gar nichts so Bekanntes und etwa Selbstverständliches ist, wie es den Anschein haben könnte.

Was ist Bedarf? Etwas sehr Verschiedenes! Etwas, das, was ich brauche, was mein Nachbar nötig hat, mein Dorf, meine Stadt, mein Land, die ganze Welt. Bedarf ist von Person zu Person, von Dorf zur Stadt, von der Stadt zum Land, von Land zu Land verschieden. Auch zeitlich wechselt der Bedarf, der Bedarf vor dem Krieg war ein ganz anderer als der während des Krieges und der nach dem Krieges wird sich in vielen von dem während des Krieges und vor dem Krieges unterscheiden.

Der geistige und züchtige Bedarf wechselt, er bildet sich aber nicht ganz plötzlich an, sondern er entwickelt sich: aufwärts und abwärts, er nimmt zu und ab und er verdrängt die und dort. Der Bedarf ist manchmal mit der Mode verbunden und eng mit dem Angebot und der Nachfrage verknüpft. Vor allem: Bedarf ist eine Gesamtheit, die Summe der Bedürfnisse eines Menschen, eines Dorfes, einer Stadt, eines Landes, der Welt in einem bestimmten Augenblick. Bedarf ist das Allgemeine und Bedürfnis das Besondere. Wir sprechen von dem Brot-, Fleisch- und Fettbedarf eines Landes, einer Stadt, einer Familie, einer Person; aber nicht von einem Nahrungsbedarf, sondern von einem Bedürfnis. So auch von einem Kleidungs- und Wohnungsbedarf, von einem Lebensbedarf, einem Bildungsbedarf, einem Reisebedarf. So auch von einem Kleidungs- und Wohnungsbedarf, das Einzelne, Besondere. Der Bedarf, das Zusammengefaßte, das Allgemeine, die Bewohner der kalten Zone andere als die der gemäßigten und diese andere als die der heißen. Im gesamten:

instande, die an sie herantretenden Anforderungen unserer Zeit zu bewältigen, weil ihnen einfach die Zeit fehlt. Hier müssen wir zu dem System der Bezirksverwaltungen kommen, um die mit den vielen Jahrestellen verbundene Kleinarbeit für die Gewerkschaft zu besorgen. Gewiß, es soll nicht verkannt werden, daß durch die bereits gefälligten sowie noch zu schaffenden Reichstarife eine Menge Kleinarbeit wegfällt. Inzwischen jedoch wird bei der Durchführung dieser Tarife eine ganze Reihe neuer Fragen aufzutauchen, die für den Gewerkschaftler wiederum einen großen Teil seiner Zeit beanspruchen. Die Erfahrungen der anderen Verbände bei der Durchführung der Reichstarife in den einzelnen Lohnbezirken geben uns genügend Fingerzeige. Der Ausbau unserer Organisation nach dieser Richtung muß bald und erschöpfend bewirkt werden. Das alles kann aber, wie bereits gesagt, auch im Rahmen unserer jetzigen Organisationsform geschehen. — Ob ein Verbandstag hemmend auf die Zerplitterung in unsern Reihen (Düsseldorfer) wirken kann, möchte ich nach dem Verlauf der Konferenzen anderer Verbände sehr stark bezweifeln. Diese Erscheinungen sind Krankheiten, gehören in das Gebiet der Revolutionspsychologie und können auch nur durch die Zeit und entsprechende Behandlung gebillt werden. Die Kollegen müssen vielerorts noch lernen, ihre zum Teil vollauf berechtigten Wünsche mit der Wirklichkeit und den nackten Tatsachen in Einklang zu bringen.

Meine Ansicht ist die, daß momentan ein Verbandstag nicht so dringend notwendig ist und sehr wohl bis Frühjahr 1920 aufgeschoben werden kann. Ein Verbandstag kann auch nicht das Heil und die innere Erneuerung bringen, wenn nicht tausend der Kollegen in diesem Sinne richtig vorgebereitet sind. Was uns not tut, ist, die Erkenntnis in unseren Reihen zu fördern über den Wirklichkeitswert alles gegenwärtigen Geschehens. Frankfurt a. M. 2. 20. 18.

Einfuhr von Steinmaterial.

Zur Abwechslung gegen Einfuhr aus Schweden soll, wenn es nach dem Willen einiger deutscher Baubehörden ginge, nun solches aus — Wöhnen eingeführt werden. Dieser Vorschlag, gegen den wir im Interesse unserer heimischen Basalt- und Schotterwerkstätten ganz energisch protestieren, zeigt uns, daß deutsche Stadtverwaltungen und Baubehörden sich keinen Pfifferling darum kümmern, ob in Deutschland Steinmaterial in Hülle und Fülle ist und ob deutsche Steinarbeiter Beschäftigung haben oder nicht. So ist beim Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung die Erlaubnis nachgesucht worden zur Einfuhr von Basaltsteinen aus Hongkong a. Elbe (Böhmen), und zwar:

von Pinneberg (Holstein) . . .	5147 cbm im Werte von	75000 M.
„ Bauamt Dresden . . .	5000 „ „ „	70000 „
„ der Stadt Spandau . . .	1200 „ „ „	34000 „
„ Kreis Rathenow . . .	1500 „ „ „	45000 „
„ Pflon (Holstein) . . .	1200 „ „ „	40000 „
andere Orte . . .	1500 „ „ „	45000 „
nohmals Pinneberg (Holstein) . . .	„ „ „	164189 „
		in Summa für 473189 M.

Das ist eine beträchtliche Summe und sind diese Aufträge unserer heimischen Hartstein-Industrie, die schon hier und dort zur Betriebsstilllegung aus Mangel an Aufträgen, schreiten muß, sicher zu gönnen. Es sind überhaupt merkwürdige und unbegründete Praktiken der Baubehörden einzelner Orte, zumal in Böhmen; die Pflastersteine aus Schweden und den Schotter aus Böhmen, so ist recht. Man komme uns nicht mit dem Einwand des billigeren Wasserweges, denn der Transport mittels Kahn aus Böhmen geht auf der Elbe, unterhalb Meißen, an den großen Hartsteinbrüchen vorbei, ebenso an den großen Lieferungsstätten Steinbrüchenbetrieben von Gommern a. Elbe. Für Dresden kommen in allerhöchster Nähe Lieferanten genügend in Frage und die anderen obengenannten Orte haben in den nächsten Bafaltwerken Lauban, Mauer, Kersdorf usw. lieferungsfähige Unternehmungen. Bereits vor einigen Wochen haben wir uns in Nr. 2 mit einem Lieferungs-Befehle des Tiefbauamts der Stadt Dresden beschäftigt, in dem wir, worin angedeutet war, den billigeren Bafaltstein aus Böhmen zu beziehen. Das betreffende Tiefbauamt scheint demnach doch seine Beteiligung nach Wöhnen gegeben zu haben. In der Nr. 33 des Steinarbeiters brachten wir unter „Mundschau“ folgende Notiz:

Einfuhrbeschränkung für Rohstoffe der Steinindustrie in der Hochschlesien- und Republik. Das Ein- und Ausfuhrverbot der Steinindustrie in Frage teilt mit, daß es Gesuche um Einfuhr von Rohstoffen, die in gleicher Beschaffenheit und ausreichender Menge in der Hochschlesien-Industrie gefördert werden, im Interesse der heimischen Erzeugung und aus valutatorischen Gründen ablehnen werde.

Na, was sagen nun die in Frage kommenden Baubehörden dazu? Rechen sie etwa nun auch noch auf die böhmische Steinfuhr? — Wir denken, was die tschechische Regierung für die dortige Steinindustrie für anbracht hält, gilt zum mindesten auch für die deutsche Steinindustrie! Daß unsere Organisationsleitung

Vom Pflasterstein.

In der Hauptsache werden zu Pflastersteinen Basalte, Basaltlavaen, Diabase wie Grünstein, Diorite, Granite, Granitarten, harte Kalksteine, Phonolite, Porphyre, harte Sandsteine verarbeitet. Das Steinmaterial muß, um den Anforderungen, denen es dienen soll — und diese sind unter den heutigen Verkehrsverhältnissen keine geringen — zu genügen, frostbeständig, ohne Risse, Spalten, Abbrüche und Einsprengungen sein, aber nicht zerbröckeln. Die Druckfestigkeit soll nicht unter 1000 Kilogramm pro Quadratmeter betragen.

Das beste Steinmaterial, das nach langjährigen Erfahrungen bei Straßen mit hartem Verkehr 15-20 Jahre, bei solchen mit mittlerem Verkehr wenigstens 10 Jahre aushält, bilden mittel- bis feinkörnige Gesteine, an deren Spitze die Basalte, Diabase und Granite stehen. Als ältestes Pflaster darf wohl das Feldsteinpflaster angesehen werden, wobei die runde runde Form gemeint wurde. Erst später staltete man die größeren Feldsteine, Einzelne in der Größe von Steinbrücken auf eine Seite und solche, die an Reiterwegen lagen, besaßen vor kaum 50 Jahren erst mit der Verwendung von besseren Feldsteinen. Ein Zeichen dafür, daß bis dahin wenig Wert auf eine Verbesserung gelegt wurde und erst die fortschreitende Entwicklung der Kultur und damit der Verkehrsverhältnisse auch den Gebrauch der Feldsteine als Pflaster stein, sowie sich ja auch die Verkehrsmitel wesentlich zu bessern begannen — was nicht an die Hand zu legen! Man kann auch behaupten, daß erst die neuen Verkehrsmitel, vor allem das Automobil, gezeigt haben, wie wichtig die Feldsteine sind und damit das Feldsteinpflaster sind, denn man muß erst die wertvolle Aufmerksamkeit

Es werden anfangs in Mittel- und Oberrheinland meist erst drei Arten Pflastersteine verwendet, und zwar vor das feinstkörnige Basalt, dann das mittelkörnige Basalt, dann das grobkörnige Basalt auf — ungefähr 1900 — das sind die drei ersten Pflastersteine. Die erste und beste Sorte, und von dem dann die erste Sorte alle sechs Sorten verschieden und fast eben bearbeitet, während die zweite Sorte eine Verbesserung auf den Stein bis zu 1 Zentimeter, die dritte Sorte eine solche bis zu 2 Zentimeter gab. Die erste Sorte besaß sich wieder der hohen Kosten und ist heute nicht mehr im Gebrauch. In Berlin wurden seit 1888 nur Feldsteine von 12-14 Zentimeter Breite verwendet, während über die grobkörnigen Pflastersteine für Feldsteine keine verbindliche Anordnungen bestehen. Man hielt sich aber noch vier Klassen zu rechnen, wobei, außer den ersten drei Sorten, die Sortenreihe nicht eine so hohen Beschaffenheit erreichten. Bei der Herstellung der ersten beiden Sorten, die ein gutes Feldsteinpflaster gewährleisten, wird nach dem Straßenanbau, während der der 3. und 4. Sorte die größten Anforderungen mit Vorteil und Handhabung gestellt werden.

In England wurden neuerdings Versuche angestellt, an Stelle des Feldsteinpflasters gebräute Granitpflastersteine zu verwenden, die auf Teerunterlage gelegt und mit Asphalt vergossen werden. Im allgemeinen werden beim tschechischen Granit die größten Ausmaße genommen.

Die Kleinpflastersteine wurden ursprünglich nur für Fußwege verwendet, neuerdings erst ist man auch dazu übergegangen, die abgegrahnte Steinpflastersteine auf Landstraßen durch etwas größere, als Steinpflaster in wildem Verband gepflasterte Steine zu ersetzen.

Vor Bedeutung für die Herstellung von Pflastersteinen ist die Lagerstätte der Gesteinsart, die bei Porphyre, Schenit, Melaphyr, feinkörnigem Granit und Diabase erkennen ist. In der Praxis vollzieht sich daher die Teilung der Pflastersteine immer glatt und genau, und auch dem besten Arbeiter ist es nicht immer möglich, aus einem noch so trefflich vorgefertigten Block vom besten Material nur Steine erster Sorte zu liefern.

Für die Herstellung von Granitpflaster gilt die Handarbeit als die vornehmlich übliche Bearbeitungsweise, während zur Gewinnung von Kleinpflaster sich besondere Spezialmaschinen bewährt haben, für die allerdings das Vorhandensein gut isolierten Rohmaterials Voraussetzung ist.

Bei der Entwicklung unserer Kunststein-Industrie werden Zugmaschinen aus Naturstein immer weniger herzustellen, während der Bedarf von Feldsteinen andauernd steigt. Auch Kunststeinplatten aus Basalt, wie Granit und Basalt, werden vielfach jetzt als Belag für Fußwege verwendet.

Für die Herstellung von Feld- und Randsteinen ist das Aufarbeiten einer geraden Fläche unter Erhaltung des erforderlichen Einbaues Profils und gut wirtlicher Stoßfugen die Hauptfache. Scharf und nennendings vielfach eine möglichst einseitige Profilierung der Feldsteine erstrebt wird, insbesondere in den größeren Städten, in die Steinindustrie annehmend weniger geneigt, diese Anforderungen zu unterliegen, und zwar in Hinsicht auf die verschiedenartige Natur des Steinmaterials. Hier stehen sich eben wie so oft, verhältnismäßig und isochronische Bestrebungen gegenüber. Während aber beim Straßenpflaster immer noch eine gewisse Einseitigkeit herrscht, ist dies bei den Fußpflasterplatten nicht der Fall, deren Formate sehr unterschiedlich sind. Fast jedes Straßenbauamt hat in Bezug auf Länge, Breite und Dicke besondere Bestimmungen, während alle darin übereinstimmen, daß alle diese Platten nur aus aus isolierten Gesteinsablagernungen, zu denen vor allem der Granit gehört, hergestellt werden.

Auch die Hygiene hat sich bereits mit den verschiedenen Arten des Pflasters befaßt. Hierbei hat allerdings das Steinpflaster nicht an abgezeichnet, während man dem Feldpflaster, Asphalt und asphaltierten Pflasterarten den Vorzug gibt, namentlich in verkehrsreichen Städten. Hauptfach hat man dem durch den Verkehr herbeigeführten Schmutz bei dem Gebrauch der Wagen usw. als dem

Nerven widerstrebend hingestellt, so daß man schalldämpfendes Pflaster vorzieht. Vom hygienischen Standpunkte aus mag dies richtig sein, aber hier spricht vor allem auch der Kostenpunkt und die praktische Bewahrung mit, womit jede Verwaltung zu rechnen hat. Daher hat sich das massive gute Steinpflaster immer noch als das beste bewährt; der Naturstein ist eben wie in der Kunst, so hier, unerschöpflich, wenigstens können alle Erzeugnisse ihn niemals voll und ganz ersetzen. P. E.

Der Schall als Bestimmer von Gebirgsarten.

Die Untersuchung und damit zusammenhängende Bestimmung mancher Gebirgsarten, soweit sie bisher an ihrer Anzueignungsfähigkeit, da es oft nicht möglich war, an die zu prüfenden Stellen heranzubringen. Nun soll nach einem Bericht in „Handel und Industrie“ durch ein neues und patentiertes Verfahren die Möglichkeit geschaffen werden, derartige Prüfungen auf dem Wege der Schallübertragungen vorzunehmen. Soll eine Gesteinsart-Prüfung mit Hilfe der Schallwellen ausgeführt werden, so legt man zunächst in Abständen von 3 bis 5 Kilometer Bohrlocher an, die man mit Wasser füllt. In eins dieser Löcher jett man sodann einen Schallausfönder, während man in den anderen Bohrlochern Hörer anbringt, die außerdem mit Schallverstärkern versehen sind und die den Schwingungsempfänger treffenden Schallwellen selbstständig aufzunehmen vermögen. Die Anwendung des neuen Verfahrens zur Prüfung der Gebirgsarten besteht nun darin, daß man vor allem das Verhältnis zwischen den unmittelbaren und den durch Echo herausgebrachten und dem Schwingungsempfänger übermittelten Schallwellen genau untersucht, sowie darin, daß man die Aufzeichnungen der einzelnen Schwingungsempfänger miteinander vergleicht. Auf diese Weise erhält man die Anhaltspunkte, mit deren Hilfe man die Beschaffenheit der zwischen den Bohrlochern befindlichen Gesteine erkennen und bestimmen kann.

Besonders gute Ergebnisse soll man mit der neuen Prüfungsmethode erzielen, wenn es sich um das Vorkommen von gewissen Erzen in den Gesteinen handelt, um so mehr als man in großer Sicherheit gleichzeitig auch die Lagerung der Erze feststellen kann.

Sinnprüche.

„Nimm dich in acht,“ sagte einst ein Lemaage zu einem großen Patrioten, „wenn das Volk in Wahnsinn gerät, wird es dich zerreißen.“ Und dieser antwortete: „Nimm dich in acht, denn dich wird das Volk zerreißen, wenn es wieder zur Vernunft kommt.“ Seine.

„Sobald wir während des Streites Joru zu empfinden anfängen, streiten wir nicht mehr für die Wahrheit, sondern für uns.“ Thomas Carlyle.

Der jeweilige Bedarf setzt sich aus vielen Bedürfnissen zusammen, Bedarf ist Sammelwort, Bedürfnis ist Eigenheit.

Ist es richtig, so sagen: Mein Bedarf, kein Bedarf, unser Bedarf. Wäre es nicht zweckmäßiger, von dem nötigsten Bedarf zu sprechen? Ist mein Bedarf wirklich meiner, sozuzagen mein unänderlicher? Das ist er nicht! Ich brauche ein gewisses Mindestmaß an Nahrungsmitteln, an Kleibern, Wohnung, wenn ich lebensfähig bleiben soll, welcher Art aber die Nahrungsmittel, die Kleidung und die Wohnung sein soll, das kann verschieden beantwortet werden. Nahrung, Kleidung und Wohnung werden häufig nicht nach der Zweckmäßigkeit beurteilt, sondern nach einem uns aufgebrachten Zwange. Ich kann also in Wirklichkeit häufig meinen Bedarf nicht decken, sondern ich habe nur gewisse Möglichkeiten, meine Notdurft in geringerem oder höherem Grade zu befriedigen. Auch seine Bedürfnisse kann der Mensch meistens nicht befriedigen. Bedürfnis ist das, was ich nach meiner ganzen Veranlagung haben möchte. Sellen entspricht aber das Habenkönnen dem persönlichen Bedürfnis. Auch in den Zeiten wohlgefügter Lagen bekommen wir nicht, was uns eigen wäre. Wir leben in einem ständigen Nachgeben und Anpassen an das, was uns gegeben wird.

Je geringer die Vorräte sind, um so geringer haben wir Gelegenheit, zu wählen und auszusuchen, was passend für uns wäre. Der über die Vorräte verfügen kann, der sucht sie uns so zu geben, wie es für ihn am zweckmäßigsten ist. Je weniger vorhanden ist, um so mehr müssen wir uns dem fügen, der im Besitze oder der Verwaltung der für uns nötigen Güter ist. Wir, die Verbraucher haben oder bekommen nur Gewalt, wenn Ueberflus vorhanden ist. Wie aber über wir diese Gewalt aus? Wir müssen, schimpfen und gehen zur Konkurrenz. Die Konkurrenz jedoch ist Fleiß und Mut von der Konkurrenz, besteht von demselben Geiste: Reingewinn, Reingewinn über alles. Wir kommen vom Regen in die Traufe. Mit anderen Worten, anderen Veranlagungen wird uns dasjenige in Grim vorgeschickt, was wir vorher in Not gesehen haben. Der Konkurrent wünscht, daß sein Konkurrent erliege, daß er seine Stelle mit übernehme, um nachher um so mehr zu verdienen. Denn nur ums Verdienen gehts beim Kaufmann. Alles, was so drum und dranhängt wird, ist Nebenwerk; es dient dazu, das ewige Gewinnstreben zu verschleiern. Muß das alles sein? Nein, es muß nicht so sein. Wie könnte es sein? Anders, und Verbrauchen viel zuträglicher. Auch bei einer gewissen Warenknappheit sollte und müßte es mehr Verkäuferwillen geben. Ganz allgemein stellt es am Käuferwillen. Das Mädel ändert nicht viel, mehr leistet die klare bestimmte Abrechnung dessen, was uns nicht dienlich und förderlich ist. Mag der Kaufmann angemessen verdienen, wie jeder, der eine nützliche und brauchbare Tätigkeit ausübt; aber er darf nicht der sein, der der Kundtschaft seinen Willen aufdrängt und sei es auch in noch so gefälliger Sprache und Gebärde. Schöntun und Beschwären ist etwas Sandler- oder Kaufmannsart. Ganz beiseite ist das aber eine verfechtete Aufdrängung des Willens dessen, der über Waren verfügt.

Als während des Krieges die Lösung ausgegeben wurde, los von der Pariser Mode, jagte mir ein Kaufmann: Aber Bitte sehr, niemand ist das lieber als uns. Die Kunden sind die Missetäter, sie wollen es so haben. Das deutsche Waren nach Paris und London gingen und von da als edle Pariser und englische zu uns kamen, verschwiegen die Kaufleute. Sie glaubten eben, die Welt wolle betrogen sein und der Deutsche insbesondere. So ist es aber nicht. Zuerst wird mit ausländischen Waren angelockt, sie werden als besser, haltbarer, künstlicher gepriesen. Die Konkurrenz kann nicht umhin, dasselbe zu tun. Das Volk glaubt, weil es nicht sachkundig genug ist. Und weil es glaubt, verlangt es das, was ihm als besser, haltbarer und schöner hingestellt wurde. Das Volk verlangt und der Kaufmann sagt, ich verdiene so oder so, wie ist das gleich, ich muß mich nach meinen Kunden richten. Ich nein, es fehlt am Mut zur Ehrlichkeit. Die Wichtigkeit ist schuld, wenn nur verdient wird, wo, woher, wann und wie, das ist alles gleich. Der Reingewinn ist maßgebend; aber er nicht allein, sondern auch die Bequemlichkeit. Das, was am wenigsten Mühe macht, wird geführt, gehandelt, verkauft. Der Kaufmann, der verdienen will, handelt nur zu seinem Wohle, wenn er nach den geschätztesten Grundätzen vorgeht.

Indes müßte der Käufer denken und wollen; Wirklichkeit und Wahrheit ist zu seinem Wohle. Wenn der Güterkaufschiff mit Frankreich, England und den andern Staaten ihm Vorteile bringt (darauf kommt es an), mag es sein, ist das nicht der Fall, dann muß er unterbleiben. Jedenfalls darin steht eine große Vergeudung, die Ware bei uns herzustellen, sie nach Paris und London und von dort aus wieder an uns zu schicken. Heuchelei, Unwahrscheinlichkeit, Zeit- und Arbeitsvergeudung begleiten diese Warensendungen.

Käufermut und Käuferwillen müssen wir schaffen, wie alle, die wir Verbraucher sind: Abschnen, was unseren dringenden Bedürfnissen entgegensteht und fordern, was brauchbar, haltbar und zweckmäßig ist. Durch die Kriegswirklungen sind viele Verbraucher eingeschüchtern. Sie nechten, was man ihnen gerade gibt, weil sie glauben, es stehe ein anderer hinter ihnen, der willig das nimmt, was sie ablehnen. So wirkt die Furcht, nichts oder noch etwas Schlechteres zu bekommen, geradezu einschüchternd auf die Verbraucher. Die Verkaufleute, die vielfach große, umfangreiche Leute geworden sind, mühen das weidlich aus. Sie verkaufen fast ausschließlich Dred. Nummer mit der zu Tode gehenden Begründung: Es ist eben nichts da und das hübsche, das da ist, wird schnell wegverkauft. Jeder hat Angst, jeder nimmt, unbedenken und über die Verhältnisse und dergleichen wird hinweggesehen.

Das muß aufhören. Wir wollen uns doch recht ernstlich vornehmen, einmal wieder Menschen mit Bedürfnissen zu werden. Gewiß, es geht noch nicht, jedem schon jetzt seine Extrawurst zu braten (das war übrigens auch früher nicht der Fall, wo in der Bedürfnisbefriedigung etwas mehr hätte gesehen können), aber den Mut müssen wir endlich aufbringen, nicht alles zu glauben, was uns die Angeordneten, umfangreichen Leute vorreden. Ich möchte nicht verallgemeinern, aber bezeichnend ist ein Fall, der mir glaubwürdig erzählt wurde. In einer etwas besuchten Seitenstraße soll ein Ladeninhaber (mit 2-3 Angestellten) eine Viertelmillion während des Krieges gemacht haben. Wir haben unsere letzten Groschen geworfen, Schulden gemacht, er hat es schamlos zu sich genommen. Nun möchte er sich vor der Steuer haken, die sollen die geringen Entlohnungen und Besoldungen auch noch aufbringen.

Wir wollen alle zusammenstehen wie ein Mann, einen gemeinsamen Willen bilden, bessere Verkäuferstellen, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit im Verkauf herbeiführen. Es müßte zum Teil sein, wenn wir unsere Wünsche nicht soweit durchsetzen könnten, als dies nach unseren Verhältnissen möglich ist. Wir müssen zusammenhalten, Selbsthilfe schaffen und die Verkäufer zwingen, das zu geben, was möglich ist und so zu geben, wie es möglich ist, nicht so, wie es ihnen am meisten einbringt und wie es für sie am bequemsten ist.

Die Verbraucher sind eine Macht, dessen müssen sie sich bewußt werden. Sie sind es aber nur, wenn sie zusammengehen, wenn sie einig sind, wenn sie gemeinsam vorgehen. Konsumvereine, Käuferverbände können helfen, die Berufsorganisationen können aufklären und Käufermut und Käuferwillen bilden. Je weniger und fester geschlossen die Verbraucher sind, um so mehr werden sie erreichen, um so eher wird den Verbänden der Verkaufleute die Luft vergehen, zu überreden und die gelegenden Körperschaften zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Da aber etwas Wesentliches in dieser Sache fehlt (Warenknappheit), so müssen Garantien für einen bestimmten Gehalt der Waren gegeben werden. Der meist nicht verantwortliche Käufer muß wissen, was er kauft. Wurst, Fett, Wehl, Brot (überhaupt sämtliche Nahrungsmittel) müssen mit ihrem Nährgehalt angegeben werden. Wasser und Salz ist billig, das Gerodet ist kräuterrich. Denn es kommt nicht auf die Pfunde an, die wir essen, sondern auf den wirklichen Nährgehalt. Nicht anders ist es mit den Stoffen: Die Meter helfen uns nicht, wir wollen Haltbarkeit und Wärmefähigkeit kennen. Unsere Nahrungsmittelforschung ist so weit fortgeschritten, daß wir das Wissenwerte mit großer Genauigkeit feststellen können, ebenso die Haltbarkeit und Wärmefähigkeit der Stoffe. Staatliche und städtische Ämter fordern wir, die alles überwachen sollen, was der Mensch isst und womit er sich kleidet und wozu er wohnt. Gesetze sind nötig, die die Grundvorschriften erlassen. Den alten Schlen-

drian wollen wir uns in Zukunft nicht mehr gefallen lassen. Was uns zugänglich ist und wofür wir die Mittel haben, das verlangen wir recht ohne willkürliche Mischungen. Es kann und darf einer in Zukunft nicht verlaufen, was er will und wie er will. Wir wollen die Zusammenfassungen genau kennen. Wer sich dem nicht fügen will, der hat seinen Baden zu schließen: das Wohl der Gesamtheit steht über dem einer kleineren Gschicht.

Für unser Geld wollen wir etwas Bestimmtes, nichts Vermutbares, Wahrscheinliches. Jedenfalls haben wir Anrecht darauf zu wissen, was wir kaufen und in welchem Verhältnis die Preise zu der Beschaffenheit der Ware stehen. Schon vor dem Kriege haben einsichtige Kaufleute erkannt, daß es mit dem ganzen Kaufmannstand bergab geht, wenn in der begonnenen und zum Teil üblichen Weise fortgehandelt und fortverkauft wird. Ein Schilderer unserer Wirklichkeit führte einmal aus: Die Konkurrenz hat zur Folge gehabt, daß in den Staaten wirtschaftlicher Freiheit seit Jahrhunderten neben ihren Segnungen eine Verfalltheit im Handel und Wandel entstand, eine Täuschung des Publikums durch Fiktion und Schwindelpreise, wie sie wohl noch nie bestand. Wie vielmehr gilt das für die Kriegsjahre.

Bedarf ist immer vorhanden, aber wie er gedeckt wird, das ist die große Frage, die uns bewegt. Unsern Bedarf will man immer verschleiern, man will uns einen Bedarf vorkäufeln, andere wollen besser wissen als wir selber, was wir brauchen. Wir selber mögen uns da und dort käufeln, aber Auffklärung wollen wir nicht vom Kaufmann, sondern vom geschulten Fachmann, allenfalls vom Arzt und vom genauen Kenner der Waren, vom Sachverständigen, vom Techniker, der uns die Haltbarkeit, die Gebrauchsfähigkeit, die Auswertung in Zahlen angibt. Kein Gerede, keine Beschwörung, sondern Wirklichkeit und Wahrheit wollen wir.

Korrespondenzen.

Bremen. Am 5. August fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Volkserziehung, Beratung des Reichstages, Verschiedenes. Zum Punkt 1 hielt Genosse Elsner ein Referat und wies in klaren Worten die Vorteile nach, die die Volkserziehung über das kapitalistische Versicherungswesen hat. Nach einer kurzen Debatte sprach die Versammlung dem Genossen ihren Dank aus. Zum 2. Punkt der Tagesordnung Reichstagsrat verlas der Vorsitzende Kollege W a u s die Vorlage des Zentralvorstandes. Die Kollegen waren mit der Aufstellung derselben nicht einverstanden. Eine scharfe Kritik setzte schon beim ersten Absatz ein. Die 45stündige Arbeitszeit pro Woche war den Sandhainbauern zu viel, da hier am Ort nur der gesundheitsschädliche Lohrtrichter-Sandstein verarbeitet wird, sei die 42stündige Arbeitszeit schon mehr als genügend. Auch über das Marschsystem, welches noch in der Vorlage enthalten ist, wurde scharf kritisiert. Kollege Starke führte zu dem Absatz aus, daß doch die Pflicht des Vorstandes in erster Linie sei, den Afford in unserem Gewerbe aus der Welt zu schaffen und nicht, wie in der Vorlage, den Unternehmern freie Hand darin zu lassen, ja den Zahlstellen, wo er bereits abgeschafft ist, wieder Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die Unternehmer greifen doch jede Gelegenheit auf, den gehähten Zeitlohn abzufächeln. Bei dem Absatz: Entlohnung der Arbeiter und weiblichen Kollegen, herrschte eine allgemeine Entrüstung, daß vom Vorstand ein solcher Paragraph, welcher doch eigentlich schon längst zum alten Eisen gehört, den Unternehmern noch auf den Präsentierteller angeboten wird. Da der ganze Aufbau des Tarifs nicht den revolutionären Erwerbsverhältnissen entspricht, wurde die ganze Vorlage abgelehnt. Reiser wurden aus der Versammlung keine Beschlüsse zur Verbesserung desselben gemacht. Wegen vorgerückter Zeit wurde der letzte Punkt auf die nächste Versammlung vertagt.

Chemnitz. In der für Sonnabend, den 2. August, einberufenen kombinierten Steinarbeiter-Versammlung referierte Gausleiter W a l t h e r über: die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Er führte aus: Seit der weltföhrlichen Umwälzung, an der die organisierte Arbeiterklasse hervorragenden Anteil hatte, haben die freien Gewerkschaften einen nie geahnten Aufstieg genommen. Die gewerkschaftliche Organisation ist eine unerlässliche Notwendigkeit. Auch der Steinarbeiterverband, dessen Mitgliederzahl bei Kriegsende auf 5000 gesunken war, hat den alten Stand von 32 000 überschritten und dürfte bei Abschluß des 2. Quartals 36 000 erreicht haben. Sind auch die neugewonnenen Mitglieder nicht alle aus Ueberzeugung den freien Gewerkschaften beigetreten; um so gewisser aber durch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse. In Zukunft werden die Gewerkschaften erst recht notwendig sein. Bei dem in Aussicht stehenden Lohnabbau könnten sich sonst die Verhältnisse in einem Maße verschleppen, die wohl manchem alles andere, nur nicht lieb sein würde. Bevor der Steinarbeiterverband den letzten Reichstagsrat für die Schieferindustrie abschließen konnte, mußte er mancher Kampf ausfechten und viele Opfer gebracht werden. Hat doch die Steinindustrie mit so vielen Widerwärtigkeiten zu rechnen, die wohl in anderen Industrien ausreichen. Mit Recht kann der „Sachverhalt“ als der Vorläufer der Reichstagsrat in unserer Industrie angesehen werden. Für die Granit-Werkschein-Gruppe ist der Reichstagsrat ebenfalls ausgearbeitet. Für die Schotterwerke und die Mästerstein-Industrie gilt es in nächster Zeit ebenfalls, den Reichstagsrat zu schaffen. Alles dies geht um so flotter, je mehr Mitglieder der Steinarbeiterverband zählt. Daß der Steinarbeiterverband auch während der ganzen Kriegsdauer auf der Höhe der Zeit stand, beweist, daß er 425 000 Mark Extra-Unterstützung zur Auszahlung bringen konnte. Die bessere Einsicht der Arbeitgeber-Verbände ist anzuerkennen, auch sogar vor der Revolution ist dies zu konstatieren gewesen, war es doch möglich, mit der Arbeitergewerkschaft schon vor der Revolution den Achtstundentag festzusetzen. Aber trotzdem! Die Interessen der Arbeiter sind andere, als die der Unternehmer. Die Arbeiter mögen nur nicht etwas glauben, das sich die Lohnfrage nun immer reibungslos erledigen würde. Es wird dies dort um so flatter sich abwickeln lassen, wo die Arbeiter geschlossen zu ihrer Organisation stehen. Also ein weiterer Grund auch in der deutschen Republik die freien Gewerkschaften zu stärken. Nur geschlossen bildet die Arbeiterklasse eine Macht. Reichr. Beisatz lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. Im zweiten Punkt wurde einstimmig beschlossen, den bisherigen Wochenbeitrag von 1.50 M. auch für die Monate August, September und Oktober beizubehalten. Einr. Eingabe an die Bezirkshauptmannschaft zur Beschaffung von Arbeit für Bildhauer wurde zugestimmt. Es wäre damit gleichzeitig auch dem Baustoffmangel abgeholfen. Und zwar ist darauf hinzuwirken, damit das Ausstellen von Zement- und Kalkstein-Deutmälen auf den Friedhöfen unterjagt wird. Der freizubehaltende Zement wäre besser zur Behebung der Wohnungsnot zu verwenden. Des weitern berichtet der Vorsitzende, daß am 5. August mit der Steinhewer-Innung eine gemeinschaftliche Tarifprüfung stattfand. Inzwischen haben die Verhandlungen stattgefunden: Resultat: Erhöhung des Stundenlohnes von 2.25 M. bzw. 2.35 M. auf 2.50 M. ab 2. August. Einem Abschluß bis 1. Oktober, wie die Unternehmer wollten, haben wir nicht zugestimmt. Da wir der zentralen Regelung Mitte August Rechnung tragen. Noch zu erwähnen ist: Laut Urteil des Schlichtungsausschusses ist den Steinhewern in den Grobheinaelgeschäften ein Stundenlohn von 2.25 M. zugestanden worden (bisher Burschenlohn 1.50 M.). Für die Warmor-Industrie gelten nun folgende Vereinbarungen: 20 Prozent für verheiratete und 10 Prozent für ledige und alleinstehende Arbeiter.

Zwickau. Am 3. August fand in unserem Verhandelslokal eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege W a u n e r s, gab Bericht von der Bezirkskonferenz in Düsseldorf und Kollege Hirschler von der Kartellkonferenz. Sodann wurde beschlossen, den Tarif bis zum 15. August zu kündigen. Folgende Kollegen wurden in die Tarifkommission gewählt: Hirschler, W a u n e r s, W l a n e r, W i n g e l und P a m b e r t s. Am 5. August fand wieder eine Versammlung statt, wo Kollege Hirschler den neu ausgearbeiteten Tarif den Kollegen vorlas, der für gut befunden wurde. Der Stundenlohn wurde für Steinhewer und Warmorarbeiter auf 3 M. festgesetzt, für Hilfsarbeiter je nach Alter 1.50, 1.50 und 2.00 M. Auch die Kriegsbeschädigten- und die Arbeitslosen wurde in dem neuen Entwurf mit einbezogen. Dann wurde die Lohnkommission gebildet, die an den Verhandlungen teilnehmen soll. Auch wurde beschlossen, den Zahlstellen mitzuteilen, daß der Zusatz nach hier fernzukommen ist, und die Kollegen, die bei der Firma W a g e l und

Sohn um Arbeit anfragen wollen, haben sich vorher bei dem Kollegen Friedrich Hirschler, Juliusstr. 44, oder bei den Kollegen der Firma Anton Replinski (neben Nagel und Zohr) zu melden. Der Vorsitzende sprach einen guten Abschlus des neuen Tarifs, folgte der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Einzel. Am 8. August hielt die Zahlstelle Einber ihre Monatsversammlung ab. Die Kassenverhältnisse wurden in beiter Ordnung vorgefunden und der Kassierer Kollege W. K ü h l entlastet. Nachdem noch einige Vorschläge besprochen, kam es zur Aussprache über den Reichstagsrat. Sämtliche Kollegen sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß bei der Ausarbeitung und Annahme dieses Tarifentwurfs die Kollegen von Norddeutschland nicht in größerer Zahl mit hinzugezogen wurden, haben doch die Zahlstellen Norddeutschlands schon jahrzehntlang weit bessere Tarife als uns durch das vielgeprüfte Reichsreplil besichert wird. Gewiß hat auch unser Distrikt Mängel, aber man begnüge sich bei dieser neuen Vorlage nicht bloß mit einer Verschlechterung der Güter, nein, auch die Grundpreise wurden über den Haufen gerannt, ja für die hiesigen Schleifer ist nach dem Reichstagsrat für Punkt eine Verschlechterung. Nun ist allerdings noch eine Bestimmung enthalten, „bessere Lohnverhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden“, aber ob diese Abmachung für die Dauer bleibt, ist sehr zu bezweifeln, denn es ist eine Klausel hinzugefügt: „Bei Streitigkeiten entscheidet das Tarifamt“. Bei diesem Tarifamt werden die norddeutschen Kollegen nie recht bekommen 1. weil die norddeutschen Kollegen nicht im Tarifamt sind, 2. werden die Kollegen von Süddeutschland sagen, die im Tarifamt sind, der Reichstagsrat ist schlecht für euch, Ihr bekommt dafür den Lohnzuschlag. Ein außerordentlicher Verbandstag wäre nötig, um etwas neues, der Zeit entsprechendes für die Steinarbeiter zu schaffen. Unser Delegierter, W. K ü h l, hat auf dem letzten Verbandstag in Leipzig den Kollegen vor Augen geführt, wie es mit dem Reichstagsrat kommen werde und die norddeutschen Kollegen sich verschlechtern würden. Wir können es nicht verstehen, daß Kollege K l ä h r aus K o s t a den Abschluß unterschrieben hat. Das Zustandekommen dieses Reichstagsrats ist die Diktatur (?) der Zentralleitung und der Tarifkommission — weil nur ein Kollege von Norddeutschland dabei war. Wir rufen den Kollegen von Norddeutschland (Granitarbeiter) zu, energigsten Protest bei der Zentralleitung einzulegen, und so schnell wie möglich einen Verbandstag einzuberufen.

Anmerkung der Redaktion: Wer den Bericht liest, wird staunen über die merkwürdige Auffassung und Beurteilung der einzelnen Bestimmungen. Ob diese anders geworden wären, wenn ein Vertreter von Einber dabei gewesen, ist sehr fraglich. Eine Position, die die ganze Kritik in sich zusammenbrechen läßt, wird ob ihrer Einseitigkeit angezweifelt. So ist es denn leicht, mit der Vereinbarung im vernetzten Sinne fertig zu werden. Wir kommen auf die Angelegenheit noch im Zusammenhang zu sprechen. Aber etwas mehr Einsicht ist wohl am Platze.

Gummersbach. Am Sonntag, dem 26. Juli, tagte die erste Generalversammlung der Zahlstelle Gummersbach und Umgegend im Saale des Herrn Postenrath in N e d e r e s h a r, die gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Volles des verstorbenen Kollegen Chr. R e i n a u s H e s s e l b o d, die Versammlung ehrte den Verstorbenen in der üblichen Weise. Dann gab Kollege L e n z zu der Verlesung der beiden Zahlstellen Bede und B r ü c k einen Rückblick der beiden Zahlstellen in den zwölf Jahren ihres Bestehens. Er hofft, daß auch die neue Zahlstelle im Marktstein in der Geschichte der deutschen Steinarbeiterbewegung bleiben möchte, um mitzuarbeiten an den großen Aufgaben der Zukunft des deutschen Proletariats. Dann erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal. Die Einnahme betrug mit dem Bestand von 751.28 M. 8557.23 M., die Ausgaben 7041.86 M., so daß ein Kassenbestand am Schluß des Quartals von 1515.77 M. vorhanden war. Die Mitgliederzahl stieg von 666 auf 830. Als Beiträge sollen ferner erhoben werden für jugendliche Kollegen von 14 bis 16 Jahren die 4. Klasse, von 16 bis 18 Jahren die 3. und über 18 Jahren die 2. Beitragsklasse, ferner 20 Pf. Vorkaufschlag auf alle Beiträge. Weiter beschloß man sich mit der Lohnbewegung. Der neue Tarifentwurf ford die Zustimmung der Kollegen. Gausleiter H e r r m a n n, der während der Verhandlung eingetroffen war, berichtete über die Vorverhandlung, die am 24. Juli in Köln mit dem westdeutschen Steinarbeiterverband stattgefunden. In der Verhandlung wären die Richtlinien festgelegt worden, auf deren Grundlage abgeschlossen werden sollte. Man habe den auf dem Westwall abgeschlossenen Arbeitsvertrag als Grundlage angenommen. Kollege H e r r m a n n ging dann auf die einzelnen Bestimmungen des Vertrags ein. In der Diskussion erklärten alle Kollegen, daß dieser Arbeitsvertrag in der Form nicht angenommen werden könnte, da einzelne Bestimmungen geändert werden müßten.

Hausenberg. Am 27. Juli tagte eine vollständige Mitgliederversammlung. Vorsitzender Neudorfer eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Den Bericht über die am 25. Juli stattgefunden Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss Passau gab Kollege F i n t von der Zahlstelle Hemerau. Er führte aus, daß mit den Arbeitgebern keine Einigung zu erreichen gewesen sei, so daß folgender Schiedspruch gefällt werden mußte. Der Wohnausgleich des Achtstundentags ist auf den Grundlohn zu schlagen, das sind 25 Prozent und 125 Prozent Teuerungszulage auf die jetzt bestehenden Löhne. In der Denkmalsbrande wurde ein garantierter Stundenlohn von 1.50 M. festgesetzt. Die Debatte war sehr reger, die Kollegen kritisierten die Verhandlung am 13. Juni zu Passau, bei der Gausleiter S c h w i d t einen Vertrag abschloß auf vier Wochen Kündigung, ohne die Zahlstellen zu verhandeln, woraus den Kollegen des Bezirks Passau ein Schaden entstand, weil die Nachzahlung vom 1. Juni aus wegbüßte und durch den Vertrag der Schiedspruch erst am 7. August in Kraft tritt. Unter Verschiedenem wurde einstimmig der Antrag gestellt, daß Kollege F i n t bei jeder Lohnbewegung als Vertreter aufgestellt werden soll. Neuborfer ermahnte die Kollegen, bis zum letzten Mann dem Verbands treu zu bleiben, denn nur durch Einigkeit sind unsere gerechten Forderungen erlangen worden. Auch in Zukunft wollen wir das gleiche hoffen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Versammlung geschlossen.

Hemerau. Am 26. Juli tagte unsere Quartalsversammlung, die gut besucht war. Kollege F i n t erstattete den Bericht vom Passauer Schlichtungsausschuss. Er bekräftigte u. a. die Arbeit des Gausleiters und den damals vertretenen Zahlstellen bei der Verhandlung der Teuerungszulage auf 130 Prozent in Passau, damals wurde ein Vertrag für den Bayrischen Wald unterzeichnet, der uns jetzt selbständige Arbeit der Zahlstellen unterbunden hätte, wir protestieren gegen solches Spiel. Außerdem wurde einbezogen dieser Vertrag unterzeichnet ohne jedes Wissen der Zahlstellen. Der Vertrag läuft ja am 7. August d. J. ab, da Kollege S t a u d i n g e r denselben bei der Verhandlung am 7. Juli kündigte. Die letzten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss Passau für den Bayrischen Wald, bei deren Verhandlungen Kollege F i n t die Vertretung hatte, wurde keine Einigung erzielt. Deshalb wurde der Schiedspruch gesprochen. Es wird der Lohnausgleich 25 Prozent auf den Grundlohn erhöht, dazu kommen dann 125 Prozent Teuerungszulage. Für Denkmalsbrande wird ein Stundenlohn von 1.50 M. garantiert. Die 3. bestehende Klasse und W a r d l ö s e müssen bleiben. Der Schiedspruch tritt am 7. August nach Ablauf des bestehenden Vertrages in Kraft und dauert bis zum Inkrafttreten des Reichstages. Dann gab Kassierer B e r l i n g e r den Kassenbericht. Im weiteren wurde namentlich die Anstellung eines Bezirksleiters für den Bayrischen Wald referiert. Die Zentralleitung möge sofort Schritte dazu unternehmen.

Königsberg. In der letzten Versammlung wurden die Kandidaten bei der Firma S c h w a r z m o l l e n u e i n zur Sprache gebracht. Mit dem Reichstagsrat haben sich die dazubei befristeten Kollegen bedauert, wieder greulichem Zustände in die Welt zu verurteilen. Bede wurde nicht angenommen. Sie gerieten dann aber in Auseinandersetzung mit dem Geschäftsführer der Firma, einem Arbeiter, um 2000 M. um, der es wohl zu verstehen glaubt, daß seine täglich 30malige und noch öfter persönliche Anwesenheit in den Werkstätten der Kollegen, die nur äußerlich Arbeitsleistung anbringen, nur das wertvolle Werk der Arbeiter und die die Arbeiter in der Bundesrepublik über absolut kein Verständnis hätte. Bei 2000 M. soll man aber keine Aufregung im höchsten Grade, weil man 2000 M. 1 bis 2 Zehnernoten für seine „Biele“ Arbeit, trotzdem ihm niemand bekannt war, daß ich keine arbeitsfähigen Arbeiter am Ort besäße und der Antrag nach Königsberg wurde der Stadt verlesen. Seit 14 Tagen fahre nun die dort anwesenden Kollegen Lagerdenkmaler aus Pilschell in Arbeit, da Quarantäne infolge Stillstehens der Bautätigkeit nicht vorhanden ist. Sie waren dabei

